

Beteiligungskultur in Rheinland-Pfalz stärken

1. Offen für Beteiligung auf allen Ebenen

Die GRÜNE Landtagsfraktion fordert mehr Mut für direkte Bürgerbeteiligung. Das gezielte Abgeben von Entscheidungen der Parlamente und kommunalen Räte an die Bürgerinnen und Bürger bedeutet für uns keinen Machtverlust, sondern einen Akzeptanzgewinn. Eine lebendige Demokratie besteht nicht nur aus regelmäßigen Wahlen. Wir wollen den Menschen auch zwischen den Wahlen eine Stimme geben, denn alle Macht geht von der Bevölkerung aus. Wir wollen, dass sich die Bevölkerung auch in Einzelfällen die Entscheidungsgewalt zurückholen kann. Als GRÜNE Landtagsfraktion sprechen wir uns daher für direkte Beteiligung aus. Es ist jedoch unerlässlich, eng mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu bleiben und deren Kritik und Wünsche aufzunehmen auch bei repräsentativ gefällten Entscheidungen.

Wir unterstützen daher auch Instrumente informeller Bürgerbeteiligung wie BürgerInnenbefragungen, Mediationsverfahren, Runde Tische, Zukunftswerkstätten oder BürgerInnenkongresse. Dabei muss das richtige Beteiligungsinstrument für die jeweilige Situation vor Ort ausgewählt werden. Klar ist, bei informeller Beteiligung kommt es nicht auf eine größtmögliche Repräsentativität an, sondern darauf, dass alle, die etwas zu sagen haben, auch die Chance haben gehört zu werden. Jedoch gilt es – den Empfehlungen der ersten Phase der Enquete zur sozialen Dimension von Beteiligung folgend – darum eine möglichst breite Beteiligung zu erzielen. Entscheidend ist die Qualität der Beiträge, nicht die Quantität. Beteiligungsverfahren ersetzen keine Wahlen, es sind Konsultationsprozesse auf die Politik und Verwaltung aufbauen müssen.

Die GRÜNE Landtagsfraktion fordert mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch:

- Eine **stärkere Nutzung öffentlicher Konsultationsverfahren**. Dies wünschen wir uns auch auf Landesebene beispielsweise bei Gesetzgebungsverfahren. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Bevölkerung stärker bei Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und besser bekannt gemacht wird, wie die Menschen sich in laufende Diskussionsprozesse einbringen können.

- Die Möglichkeiten für **öffentliche Petitionen** wollen wir nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages stärken. Das bedeutet, dass die PetentInnen ab einer bestimmten Zahl von MitzeichnerInnen, die innerhalb einer vorgegebenen Frist eingegangen ist, ihr Anliegen in einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses vortragen und begründen können.

2. Transparenz als Prinzip von Politik und Verwaltung

Grundlage jeder Meinungsbildung ist der freie und uneingeschränkte Zugang zu Informationen. Öffentliche Daten müssen den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Eine größtmögliche Transparenz der politischen Prozesse kann nur auf diesem Weg erreicht werden. Wir GRÜNE setzen uns daher für eine proaktive Informationspolitik ein. In Rheinland-Pfalz haben wir bereits in kurzer Zeit wesentliche Schritte hin zu mehr Transparenz unternommen. Erste Schritte wurden auf unsere Initiative bereits unternommen: Seit Anfang des Jahres besitzt Rheinland-Pfalz einen Beauftragten für Informationsfreiheit und verfügt der Landtag über einen Livestream und nicht zuletzt setzte der Landtag mit der Unterstützung der GRÜNEN die Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ ein.

Dies sind aber nur die ersten Schritte. In Rheinland-Pfalz muss das Recht auf Informationsfreiheit bekannter gemacht werden. Auch soll der Informationszugang proaktiver – also nicht bloß auf gezielte Anfrage und gezielten Antrag hin – gewährleistet sein. Die Möglichkeit zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Verwaltungsprozessen wollen wir dadurch stärken. Dazu wollen wir folgende Verbesserungen zur Diskussion stellen:

- Die digitale Verbreitung von Informationen. Wir fordern die Offenlegung von bereits verfügbaren, mit öffentlichen Mitteln erhobenen, Daten. Die Pflicht der Behörden, nach dem IFG auf gezielte Anfrage hin Informationen zu liefern, kann nicht das alleinige Ziel sein. Eine umfangreiche **Open-Data Plattform**, auf der alle Daten zugänglich und übersichtlich aufbereitet sind, sollte auf Landesebene angelegt werden.
- Eine Open-Data Plattform ist nicht nur auf Landesebene vorstellbar. Wir GRÜNE fordern auch die flächendeckende Einführung von **verständlichen Ratsinformationssystemen** (RIS) auf kommunaler Ebene. RIS bieten Transparenz durch die Veröffentlichung aller öffentlichen Ratsunterlagen im Internet und die Möglichkeit zur Beteiligung auf Diskussionsforen innerhalb des RIS.
- Wir wünschen uns mehr Transparenz auf kommunaler Ebene und fordern deshalb die **Zulassung der Öffentlichkeit bei allen Rats- und Ausschusssitzungen**. In einem ersten Schritt wollen wir an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister appellieren, die bestehende Möglichkeit, Sitzungen öffentlich abzuhalten, voll auszuschöpfen. In einem zweiten Schritt wünschen wir uns auch die gesetzliche Verankerung unserer Forderung in der Gemeindeordnung. Dies fördert die Akzeptanz von Beschlüssen in den Gemeinden und trägt zu einer aktiven Beteiligungskultur in Rheinland-Pfalz bei.
- Open Budget 2.0: Der Landeshaushalt soll transparenter aufbereitet werden. Wir wollen bessere Möglichkeiten der Visualisierung, Analyse und Kommentierung des Haushaltsplans auf einer zentralen Plattform des Landes.

- Wir wünschen uns einen Prozess, durch den auf Papier gedruckte Landtagsdokumente nicht nur durch digitale Vorlagen ergänzt, sondern gedruckte Vorlagen in weiten Teilen schrittweise ersetzt werden. Dies bietet eine strukturierte Arbeitsgrundlage für alle Abgeordneten und steigert die Effizienz in der Verwaltung. Gleichzeitig können Unterlagen im selben System auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden. Nicht zuletzt ist der **papierlose Landtag** umweltfreundlich und Ressourcen sparend.

Wir fangen mit dem Thema Beteiligung auch direkt bei uns in der Fraktion an, indem wir:

- In Zukunft gezielt **parlamentarische Initiativen auf unserer Homepage zur Diskussion** stellen. Transparenz von politischen Prozessen & Beteiligung ist auch für uns als Fraktion eine Zielmarke.

- Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, zu erfahren, welche Einkünfte ihre Abgeordneten haben. Wir setzen uns für entsprechende Regelungen ein und begrüßen, wenn unsere Abgeordnete bereits jetzt auf freiwilliger Basis als „**Gläserne Abgeordnete**“ alle ihre Einkünfte und Bezüge offenlegen.

- Was macht meinE AbgeordneteR? Mit Hilfe eines **interaktiven Veranstaltungsplans bzw. einer -karte** wollen wir die landesweiten Termine unserer Abgeordneten visualisieren, um unsere Arbeit darzustellen und Rückmeldung zu den jeweiligen Terminen zu ermöglichen.